REGIOSN-CDU URTEILT ZUR KRANKENHAUSPLANUNG BEI DER GEBURTSHILFE: "OHNE WEITSICHT"

Veröffentlicht am 11.08.2016 um 18:24 von Redaktion Burgwedel-Aktuell

"Die Anhörung zur Situation der Hebammen soll am 25. August stattfinden. Zur Vorbereitung des Termins haben wir eine schriftliche Anfrage zu diesem Thema an die Regionsverwaltung gestellt. Wir warten weiterhin auf die Beantwortung", sagt der Vorsitzende der CDU-Fraktion Region Hannover, Bernward Schlossarek, der Abgeordneter des Wahlbereiches Lehrter, Burgdorf und Uetze ist. Schneller als die Regionsverwaltung habe die Landessozialministerin eine Anfrage einiger CDU-Landtagsabgeordneten zu den Engpässen in der Geburtshilfe beantwortet. Die Antworten der Landesregierung seien aus Sicht der Christdemokraten äußerst ernüchternd und mit wenig Aussagekraft. "Aber immerhin sagt die Ministerin, dass alles besser wird, wenn die DIAKOVERE ihre Planungen für die geburtshilfliche Versorgung abgeschlossen haben und irgendwann einen Neubau in der Nähe der Kinderklinik Auf der Bult eröffnet haben", sagt Schlossarek.Für die CDU-Fraktion sei dies der Gipfel der Strategielosigkeit. Erst würde die Geburtshilfe im Klinikum Nordstadt geschlossen, in der Hoffnung, die anderen Krankenhäuser übernehmen die weggefallenen Kapazitäten, "dann treten Engpässe auf und die gesamte Hoffnung zur Verbesserung der Lage ruht nun auf der Planung eines Neubaus in ferner Zukunft", so die CDU."Wie absurd die Situation um die Geburtshilfe ist zeigt, dass sich das Regionsklinikum und die Regionsverwaltung komplett auf andere Krankenhausträger verlassen. Das KRH schließt die Geburtshilfe im Nordstadtkrankenhaus und freie Träger springen in die Bresche. Und letztlich haben diese sogar den Mut, in ein Medizinfeld zu investieren, das im Bereich des KRH scheinbar abgeschrieben ist", ärgert sich Schlossarek und merkt an, dass er sich verantwortungsvolle und vorausschauende Krankenhauspolitik anders vorstelle. In Summe sei der Vorgang aus seiner Sicht einmalig: "Hier zieht sich ein öffentliches Klinikum aus der Geburtshilfe zurück, hinterlässt eine Versorgungslücke, und die Landesregierung deckt dieses Vorgehen."